

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber

Sonntag, den 27. März Landtagswahl 2011

BLICKPUNKT Nr. 02

März 2011

Jahrgang 40

Facharbeitermangel, Studiengebühren, Lehrermangel

Grundrecht auf Bildung

Für die freie Entfaltung der Persönlichkeit

Wer ist Mappus?

Er ist der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, ein rechtskonservativer Spitzenmann der CDU. Sein Duzfreund und Berater ist der Stanley-Morris-Banker Motheis, der ihm den 4 Mrd. Euro-Deal mit der LBBW-Bank besorgt hat.

Mappus spricht gern vom Bildungs- und Kinderland Ba.-Wü.



Mappus muss weg

Aber wie handelt er?

Bereits 2010 ist der Mehrbedarf an Lehrerstellen, wegen der Absenkung des Klassenteilers in den Grundschulen von 31 auf 28 Schülern, wegen des Absenkens des Klassenteilers bei den weiterführenden Schulen von 32 auf 31 Schülern und dem Ersatzbedarf infolge von Pensionierungen, Beurlaubungen, nicht ausreichend

ausgeglichen worden.

Lediglich 140 neue Stellen waren es 2010 dem CDU Mann Mappus wert, um dem Lehrermangel entgegenzutreten.

Für Krankheitsvertretungen gab es 2010 1266 Stellen. Diese reichen nicht aus. Es wird weiter daran gekürzt.

2009 standen noch 16 Mio. Euro für Krankheitsvertretungen zur Verfügung.

Für 2011 sollen es noch 13,2 Mio. Euro sein.

Weitere Kürzungen gibt es bei den Lehrbeauftragten, es wird von 3 auf 2 Millionen gekürzt. Dadurch können weniger Arbeitsgemeinschaften an den Schulen angeboten werden. Darunter leiden vor allem die Ganztagschulen.

Bei den beruflichen Schulen gibt es 2011 bei einem Bedarf von 1400 Stelle lediglich 40 neue Stellen

Auch bei den Real- und Sonderschulen gibt es keine Verbesserungen.

Skandalöse bildungspolitische Bilanz

Angesichts von 1,6 Mio. ausgefallener Schulstunden ist das eine skandalöse bildungspolitische Bilanz dieser CDU/FDP-Regierung im Ländle.



„Hände weg von den Personalstellen und der Arbeitszeit!“

Die Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft (GEW) verabschiedete im Dezember 2010 eine Resolution. Darin lehnte sie das sogenannte Vorgriffsstundenmodell für beamtete Lehrer ab.

Lehrer sollten bis zum 40. Lebensjahr ihre Wochenarbeitszeit erhöhen, um sie später auszugleichen.

Daher:



Keine Erhöhung der Lebensarbeitszeit ab 2012 bei gleichzeitiger Kürzung des Ruhegehalts.

Mehr als 9.500 Stellen sind im Staatshaushalt der Landesregierung mit dem kw-Vermerk versehen. Dieser Vermerk bedeutet „künftig wegfallen.“ Davon ab 2012 knapp 4.500 Stellen.

Die DKP steht an der Seite der Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft.

Die GEW fordert, den Haushalt nicht auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren und keine Kürzungen im Bildungsbereich vorzunehmen.

Nicht die Landesbeschäftigten, sondern die Schuldenbremse sowie die Steuer- und Wirtschaftspolitik, sind die Ursachen für die Löcher im Staatshaushalt.

Auch der Philologenverband lehnte am 9.9.2010 die Sparpläne von CDU-Mappus ab. Er wendet sich gegen die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von Gymnasiallehrern um 2 Stunden auf 25 Wochenstunden.

Das Ergebnis der CDU-Sparpolitik bei der Bildung ist laut Philologenverband, dass die Abdeckung des Unterrichts nicht gewährleistet sei.



Wilhelm Benz
Verkäufer

geb.: 19.11.1953

GBR-Vorsitz. Rewe UE GmbH
DGB Heidenheim
2. Vorsitzender

**Unser Erstkandidat für
die DKP Heidenheim und
für Sie!**



Die DKP eine Partei der LINKEN in der BRD



Die Maultaschen- und Spätzle-Connection in Baden-Württemberg, die CDU und FDP, muss weg!



Dr. Dirk Notheis, Banker bei der Morgan Stanley Bank. Berät Mappus seit Jahren in wichtigen Fragen

Hallo Dirk:
„Wir beide schaukeln das Ding!“



Prominente Befürworter

Exemplarisch sei nur der Verkauf des bahneigenen Fernsprechnetzes an die **Mannesmann AG** in 1997 erwähnt. Zur gleichen Zeit, wen wundert's, war der bereits erwähnte Bahnvorstand **Heinz Dürr** auch

Aufsichtsratsvorsitzender bei Mannesmann. Das Fernsprechnet wurde für schlappe 800 Mio. DM verkauft, um es dann für bis zu 1,2 Mrd. DM jährlich zurückzuziehen, bis die Bahn es 2002 nunmehr unter **Mehdorn** (jetzt Berater für Verkehrsprojekte für den Wertpapierhändler **Morgan Stanley**!) für 2,5 Mrd. DM von **Vodafone** wieder zurückkaufte.

Fürwahr ein tolles Geschäft für eine ökonomisch wirtschaftende Bahn.

Nein zu Stuttgart 21



DKP Weg mit dem Milliarden-Mappus in Baden-Württemberg DKP

Großer Schutzschirm für die Banken. Wer hilft Armen, Alten, Kranken!

Mehr Geld für die Kommunen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

alle Städte und alle Gemeinden in unserem Land werden wegen der Finanzkrise mit weniger Steuereinnahmen und Steuerzuweisungen zu kämpfen haben.

Die gewaltige Verschuldung, die uns die Bundesregierung mit der Sanierung der Pleitebanken beschert hat, werden wir, die Menschen in den Städten und Gemeinden mit allen Konsequenzen zu tragen haben.

Die Landesregierung mit ihrer neoliberalen, erkonservativen CDU/FDP-Politik unter Führung von Ministerpräsident Mappus hat abgewirtschaftet.

Prestigeprojekte im Land stoppen

Das Milliardengrab Stuttgart 21 verschlingt Gelder für wichtige kommunale Zukunftsaufgaben. Weg mit Stuttgart



DKP Anträge an den Gemeinderat
Gewerbesteuer
 Erhöhung um 20 auf 380 Punkte.
 Die Stadt bricht das Geld.
Zinsmoratorium
 Die Banken verdienen an der Verschuldung der Stadt.
 Deshalb muß die Stadt für eine gewisse Zeit von der Zinszahlung befreit werden.
Nahverkehrsabgabe

21, weg mit ihren Befürwortern. Mehr Geld in die Städte und Gemeinden zur Erfüllung ihrer gesetzlich auferlegten Daseinsvorsorge. Mehr Lehrer, kleinere Klassen und eine Lernmittelfreiheit, die den Namen verdient.

.... „Den Heidenheimer Kommunisten ist einfach zuzustimmen,“

Kommunale Selbstverwaltung

Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung ist nur so viel wert, wie sie vom Bund und den Ländern finanziell am Leben erhalten wird.

Rot-Schwarz und Schwarz-Gelb tragen die Verantwortung.

Durch die Steuergesetzgebungen insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 werden die Kommunen im Zeitraum von 2010 bis 2013 Mindereinnahmen von rund 20 Mrd. Euro haben.

Deshalb sagen wir von der DKP:

Kommunen brauchen einen finanziellen Schutzschirm. So wie den Banken mit Milliarden Steuergeldern geholfen wurde, so ist auch den Kommunen zu helfen.

Die Forderungen der DKP an die Landes- und Bundespolitik:

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

Sofortige Kompensation der Steuerausfälle, die den Kommunen durch das schwarz/gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden sind durch:

- ➔ Abschaffung der Gewebesteuerumlage an Bund und Land,
- ➔ kommunale Investitionszuschüsse für Kommunen aus Bundesmitteln,
- ➔ Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorium,
- ➔ Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer

weiterentwickeln,

Aufgaben an Kommunen durch Bund und Land nur bei voller und ständiger Finanzierung,

Gewerbesteuer in Heidenheim sofort erhöhen,

eine Nahverkehrsabgabe von Industriebetrieben und Einzelhandelsketten.



Johann Holzheu
 Dipl. Pädagoge
 geb.: 03.08.1944
 Unser Ersatzkandidat
 für die DKP
 Heidenheim und
 für Sie

Gagfah Deal noch nicht vergessen

Kommunaler Wohnungsbau

Noch ist der Verkauf der GBH Mietwohnungen an die „Heuschrecke“ Gagfah von den Mietern nicht verkraftet.

In sämtlichen Wohngebieten mit Gagfah Mietwohnungen sind die Probleme nicht kleiner, eher größer geworden. Stadtverwaltung, CDU-OB Ilg und die Gemeinderatsmehrheit stehen auf dem Standpunkt: Was kümmert mich mein Beschluß von gestern, wichtig war, Geld kam in die Haushaltskasse. Für sie gehört der soziale und öffentlich geförderte Wohnungsbau nicht zur Daseinsvorsorge in der Stadt. Der Mieter kann bleiben wo er ist.

Auch Mappus und seine neoliberalen Koalitionäre in Stuttgart halten nichts vom öffentlichen Mietwohnungsbau. Ihnen allen sind Prestigeprojekte lieber als Verantwortung für bezahlbare Mietwohnungen. Wohnungsleerstände auf der einen, steigende Obdachlosigkeit auf der anderen Seite, ist das Ergebnis einer verfehlten Wohnungspolitik in unserem Lande.

Zynisch ist die Feststellung von Bundeskanzlerin Merkel: „Unsozial ist, was Armut schafft“. Obdachlosigkeit aber ist das Ergebnis unsozialer Poli-

tik. Neoliberale Politik schafft Armut.

Länderminister müssen Kürzungen beim Wohngeld und Städtebauförderung verhindern. Daher keine Zustimmung des Landes Ba.-Wü. im Bundesrat zu den Kürzungsplänen der Bundesregierung.

Wohnungspolitik aber auch wirt-



DKP-Stadtrat Reinhard Püschel (links)

schaftspolitisch sind die Streichungen bei der Städtebauförderung falsch.

Städte brauchen eine soziale Durchmischung zur Sicherung eines kommunalen und bezahlbaren Mietwohnungsbaues.

Forderungen der DKP an die Landespolitik

➔ In Baden-Württemberg wachsen die Villen der Reichen und die Wohnungsnot der Armen. Die Reichen sonnen sich in

Drittwohnungen, die Anderen haben kein Dach über dem Kopf.

Aus dem Recht jedes Menschen auf eine gute Wohnung macht der Kapitalismus den Wohnungsmarkt. Dieser Markt sichert den Profit der Wohnungsbesitzer und Spekulanten.

Das Wohnungswesen ist eine erstrangige Daseinsaufgabe für ein Grundbedürfnis des Menschen.

In Baden-Württemberg muss ein großzügiges Programm für den sozialen Wohnungsbau her. Die Spekulation mit Wohnraum muss unter Strafe gestellt werden.

Dem Gagfah-Clan in Heidenheim sind Grenzen zu setzen. Die Heidenheimer Inkompetenz in der Betreuung der Mieter muss durch technischen Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein für die Mieter ersetzt werden.

Gemeinderat, Stadtverwaltung die durch den Verkauf der GBH-Wohnungen die erworbenen Millionen für den Stadionbau und für das Schlosshotel verwendeten, haben den Mietern großen Schaden zugefügt.



**DKP - istinnen und
DKP - isten**

braucht das Land !

Tunnel, Kreisel, Totenberg

B 466 unter Beobachtung

Das LKW-Chaos kommt am „Heidenheimer Nadelöhr“
CDU und Mappus schaden der Stadt Heidenheim

Jawohl, Herr Mappus! „Dieses Land ist mehr als ein Bahnhof“. Ihr Milliarden-Massengrab Stuttgart 21 aber lässt keinen Cent mehr übrig, um die Verkehrsprobleme in der Fläche zu verbessern. Die Milliarden-Prestigeprojekte schaden den Städten und Gemeinden, so auch Heidenheim.

Baden-Württemberg wird Transitland für einen europaweiten LKW-Verkehr. Und Heidenheim ist mit dem Ausbau der Clichystraße, mit seiner B 466 dabei.

Den Räten in Kreis und Stadt muss bekannt sein, dass einer Verkehrsprognose zufolge, durch die Zunahme des LKW-Verkehrs auf der B 466 von Westen hinein nach Heidenheim kommend bis 2020 rund 1.700 LKW in 24 Stunden Richtung Eugen-Jaekle-Platz donnern.

Unser so genanntes „Heidenheimer Nadelöhr“ am Totenberg, der Auffahrt zur B19 nach Norden und Süden mit seinem vorgelagerten Kreisel am Schillergymnasium, stellt ein verkehrspolitisches Chaos in Aussicht.

Ploucquet-Areal -Investorenbeschluss- Nichts Genaues - aber ein Grundsatzbeschluss

Nach mehreren Abstimmungen hatte der Gemeinderat am 27.01.2011 mit 20:8:7 Stimmen beschlossen, dem Essinger Wohnungsbau-Investor das Areal zur Bebauung zu übertragen.

Dieser dann von OB Ilg favorisierte Grundsatzbeschluss hatte zum Ziel, das Areal aus der öffentlichen Hand für Investoren zu privatisieren. Die Strategie der schnellen Vermarktung geht auf. Nicht die

Bürgerbedürfnisse, sondern das schnelle Geld in die Kasse, hat Vorrang. Wiederholt wurde deutlich, dass die Stadt samt den Fraktionen

große Mangelerscheinungen haben, eigene gestalterische Vorschläge und Ideen einzubringen. Die Tageszeitungen titelten: „Die Entscheidung ist gefallen - und doch weiß keiner so richtig, wie die heutige Brachfläche des Ploucquet-Areals in ein paar Jahren aussehen wird. Denn es gibt noch zu viele Unklarheiten und ungeklärte Zusammenhänge. Und so bleibt derzeit jede Menge Raum für Spekulationen.“

Wie steht es um die Dreifeldhalle? Wie um das Bildungshaus? Ist ein Parkhaus noch im Plan? Werden öffentliche, städtische Gebäude wie z.B. eine moderne Bücherei, ein zeitgemäßes Stadtarchiv geschaffen? Welche Priorität bekommt die Brenz- und Parkgestaltung, sind Kinderspielplätze im Plan und bekommt die Stadtnahe Kultur und Freizeit mehr Raum? Offene Fragen. Nur VOITH wird seinem Willen entsprechend bedient. Die Plan- und Gestaltungslosigkeit der Stadtverwaltung ohne einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan bleibt der Skandal.

DKP vor Ort



DKP-Landtagskandidat Wilhelm Benz (2.v.l.)
sowie DKP-Stadtrat Reinhard Püschel

Der Ausbau der Brenzbahn wird von allen Parteien und vielen Organisationen gefordert. Wiederholt haben sich Bürger an die DKP gewandt und den

trostlosen Zustand des Schnaitheimer Bahnhofs kritisiert. Teile der Treppeanlage sei zu steil und für alte Menschen mit Gepäck kaum zu bewältigen. Auch der Fahrkartenautomat sei nicht zum Vorteil, weil bei entsprechender Wetterlage auf dem Bildschirm kaum was zu lesen sei.

Zudem sei das Bahnhofsumfeld in einem verdreckten Zustand.

Die DKP nahm dies zum Anlass und hat sich auf dem Bahnhofsgelände umgesehen – und kann der Kritik nur zustimmen. Für Landtagskandidat Wil-

Der Ostalbkreis sperrt Straßen für LKW über 12 Tonnen. Eine Entscheidung, die nur unterstützt werden kann und die auf unseren Landkreis (B 466) ausgedehnt werden muss.

Die „Maut-Ausweichter“ und die „Korridorfahrer“ müssen auch in Heidenheim durch ein Fahrverbot ausgebremst werden.

Tunnelexperten im Rathaus stehen auch bereit. Sie wollen die LKW-Invasion wenigstens mit einem rund 700 Meter langen Innentunnel, für den bereits von der Stadtverwaltung Grundstücke in der Wilhelmstraße erworben werden, in den Untergrund verbannen.

Es ist höchste Zeit, dass die von DKP-Stadtrat Püschel im November 2010 beantragte Bürgerversammlung zum Innentunnel, die von OB Ilg befürwortet wurde, durchgeführt wird. Die Öffentlichkeit muss über alle baulichen, infrastrukturellen, verkehrspolitischen, finanziellen und ökologischen Auswirkungen, auch über mögliche Alternativen rechtzeitig und umfassend und mit demokratischen Mitbestimmungsrechten ausgestattet, informiert werden. Eine umfassende Bürgerinformation, in die auch der Landkreis und Umweltgruppen eingebunden sind, muss durchgeführt werden. Sonst könnte es sein, dass der Zug oder die LKWs in die falsche Richtung fahren.

helm Benz ist klar: Das unsinnige Milliardenprojekt Stuttgart 21 bindet die notwendigen Gelder für den Ausbau und Verbesserung der Brenzbahn. Der Reiseauskunftsschalter im Heidenheimer Bahnhof muss wieder ganztägig geöffnet werden, so die zentrale Forderung der DKP.



www.kopfbahnhof-21.de

Landtagswahl 27. März 2011
DKP Wahlveranstaltung
Donnerstag, 17. März 2011
19:00 Uhr Hotel Pörtl

Was ist Stuttgart 21
ein Milliardengrab oder Jahrhundertchance?
Dieter Keller, DGB Ortsvorsitzender, Fellbach
Ständiger Teilnehmer der Montagsdemonstrationen in Stuttgart